

Positionspapier „Wirtschaft, Gewerbe und Mittelstand“

Mehr Freiheit – weniger Staat!

Einleitung

Die SVP Thurgau unterstützt Wirtschaft, Gewerbe und Mittelstand, indem sie sich konsequent und verlässlich für die unternehmerische Freiheit einsetzt, die Eigenverantwortung fördert und darauf achtet, dass den Betrieben zur Erfüllung ihrer Aufgaben beste Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen.

Damit die Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden kann, sind gute Infrastrukturen, ein ausgezeichnetes, unkompliziertes und auf die Bedürfnisse ausgerichtetes Bildungssystem, tiefe Steuern und Abgaben, sowie eine minimale Administration von entscheidender Bedeutung.

Der Staat beschränkt sein Handeln, seine Kontrollen und Interventionen auf ein notwendiges Minimum und gewährt Bürgern und Unternehmungen den grösstmöglichen Handlungsspielraum. Er achtet auf eine differenzierte Begrenzung der Zuwanderung. Die staatlichen Stellen verstehen sich als unterstützende und dienstleistende Institutionen und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zu einer erfolgreichen Thurgauer Wirtschaft.

Wenn die Wirtschaft prosperiert, geht es der Thurgauer Bevölkerung gut!

Kernforderungen

1. Die SVP will einen schlanken Staat; eine tiefere Staatsquote, eine Plafonierung der Verwaltung und befürwortet kleingliedrige und dezentrale Strukturen.
2. Die SVP fordert möglichst wenig Bürokratie und den Abbau von bestehenden, unnötigen Auflagen und Regulierungen. Sie will einfache und schnelle Bewilligungs- und Rechtsmittelverfahren.
3. Die SVP setzt sich ein für gerechte Steuern; d.h. Minimalbetrag an Steuern für jedermann (Kopfsteuer), Abbau von Doppel- und Mehrfachbesteuerungen, Abschaffung des Eigenmietwertes. Sie ist gegen zusätzliche Abgaben.
4. Die SVP fordert ein Raumplanungs- und Bodenrecht, das eine langfristige, verlässliche Rahmenordnung bildet, das private Eigentum respektiert und strategisches Bauland für Wohnen, Gewerbe und Industrie sichert. Der Kantonale Richtplan hat als föderalistisches Führungsinstrument zu dienen, staatliche Institutionen priorisieren die Anliegen der Investoren.
5. Die SVP setzt sich für eine leistungsorientierte Schule und ein duales Bildungssystem ein, welches auf die Anforderungen von Gewerbe, Industrie und Wirtschaft ausgerichtet ist. Fördern und Fordern!
6. Die SVP fordert eine Beschränkung der Zuwanderung und will die Einwanderung reduzieren. Dadurch können auch die Sozialwerke entlastet werden.
7. Die SVP fordert eine langfristig sichere und wirtschaftliche Energie- und Infrastrukturversorgung. Dazu gehören optimale Strassenverkehrsverbindungen und effiziente Verkehrsanbindungen im ÖV.

Werk- und Wirtschaftsplatz Thurgau

Gute staatliche Rahmenbedingungen fördern den einheimischen Werkplatz.

Ein Übermass an Bürokratie verursacht den Unternehmen administrative Mehrarbeit. Die wirtschaftliche Entwicklung im Thurgau ist zu fördern, weshalb die SVP Thurgau bei jeder Einführung eines neuen Gesetzes eine Überprüfung betreffend KMU-Freundlichkeit verlangt. Sie fordert Regierung und die kantonale Verwaltung auf, das Rechtsbuch des Kantons Thurgau zu überprüfen und Vorschläge zu unterbreiten, welche Gesetze und Verordnungen, die selten oder nie zur Anwendung kommen, abgeschafft werden können.

Der unternehmerische Freiraum wird immer mehr mit neuen Auflagen und oft unnötigen Vorschriften, Anweisungen und Richtlinien der Amtsstellen eingeschränkt. Der Staatsapparat kann und muss reduziert werden und die Verwaltungen müssen sich wieder auf ihre wesentlichen Kernaufgaben konzentrieren. Staatliche Anweisungen, Kontrollen, Gebührenerhebungen und die Vergabe von externen Mandaten sind auf ein wirtschaftlich verträgliches Minimum zu beschränken. Die Effizienz der staatlichen Beaufsichtigungen ist zu hinterfragen.

Die Verfahren mit dem Staat sowie das Ausfüllen von Formularen und Statistiken müssen vereinfacht und reduziert werden. Es sind Voraussetzungen zu schaffen, damit Bearbeitungsfristen wesentlich verkürzt werden können. Dabei sind die Möglichkeiten der elektronischen Datenübermittlung von amtlichen Dokumenten vermehrt auszuschöpfen.

Die Raumplanung und das Bodenrecht sind darauf auszurichten, dass das private Eigentum respektiert und die Entwicklung von Gewerbe und Industrie ebenso gefördert wird wie auch die notwendige Umnutzung von solchen Bauten. Die SVP Thurgau verurteilt missbräuchliche Einsprachen in Baubewilligungsverfahren.

Der Staat gewährleistet faire und angemessene Löhne, welche sich an der Wirtschaft des Kantons Thurgau orientieren und diese nicht konkurrenzieren!

Die SVP Thurgau empfiehlt die Ausnutzung der gesetzlichen Spielräume bei öffentlichen Arbeitsvergaben. Das freihändige Verfahren unterhalb der Schwellengrenze ist von Gemeinden und Staat vermehrt anzuwenden. Bei Aufträgen durch die Öffentlichkeit sollen einheimische Produkte bevorzugt werden. Die Bevölkerung ist für den Einkauf von Schweizer Produkten, sowie den Einkauf in der Schweiz zu sensibilisieren.

Der Staat gewährleistet eine sichere, günstige, unabhängige Energie-, Wasser-, Elektrizitäts- und Gasversorgung bis in die Randregionen mit ausreichender Kapazität zu allen Tages- und Jahreszeiten. Die SVP Thurgau begrüsst geplante Verkehrsinfrastrukturbauten wie BTS, OLS, Wil-West und dgl., die eine bessere Anbindung der Produktionsbetriebe ermöglichen, Stautunden minimieren und die Verkehrssicherheit fördern. Parallel dazu ist der Regionalverkehr und die nationale Anbindung an Taktfahrpläne des ÖV sicher zu stellen.

Ausbildung

Ein leistungsfähiges Bildungswesen ist die Grundlage zum Erhalt und zur Weiterentwicklung des Arbeitsplatzes und des Wohlstandes in unserem Kanton. Die SVP Thurgau setzt sich für ein qualitativ hochstehendes, leistungs- und praxisorientiertes Bildungswesen ein.

Die Bildungspolitik soll auf die Anforderungen des Gewerbes und der Industrie ausgerichtet sein. Die Bildungsziele sollen unsere Jugend zu Fachkräften ausbilden, welche dem Wohle unserer Gesellschaft dienen.

Das duale Bildungssystem mit den qualitativ guten Berufslehren hat sich bewährt und ist unbedingt zu stärken und erhalten. Es soll weiterhin den Bedürfnissen von Gewerbe und Industrie so angepasst werden, dass deren Leistungsfähigkeit erhalten bleibt, wobei der akademische Ausbildungsweg auch weiterhin über die Berufslehre gewährleistet werden soll.

Finanzen

Das kantonale Steuergesetz muss dahingehend geändert werden, dass sämtliche Steuerpflichtige ein Interesse an einem schlanken und effizienten Staat haben. Aus Sicht der SVP Thurgau muss deshalb eine Kopfsteuer eingeführt werden, welche jede Person nach Erlangen der Volljährigkeit entrichten muss.

Ausserdem gilt es im Kanton Thurgau die Doppel- und Mehrfachbesteuerungen massiv abzubauen. Aus diesem Grund soll der Freibetrag der Vermögenssteuer erhöht, die Gemengesteuer überprüft und der Eigenmietwert abgeschafft werden. Die SVP Thurgau ist gegen eine kantonale Erbschaftssteuer und neue öffentliche Abgaben.

Betriebsnachfolgeregelungen in Unternehmungen sollen durch steuerliche Anreize erleichtert werden. Substantielle Werte einer Firma dürfen vom Staat nicht ein weiteres Mal besteuert werden.

Die freie Zuwanderung wirkt sich negativ auf die Schweizer Wirtschaftspolitik aus. Sie führt zu Überregulierungen, weil die grossen fiskalischen Unterschiede zwischen den an der Personenfreizügigkeit beteiligten Volkswirtschaften staatliche Eingriffe erfordern. Diese Interventionen treffen wiederum vor allem den Arbeitsmarkt. Ausserdem ist erwiesen, dass ein wesentlicher Anteil der in der Schweiz erwirtschafteten Löhne ins Ausland abfließt.